

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927**

10.2.1927 (No. 34)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher-  
straße Nr. 14  
Verantwortlicher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. Krenn,  
Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 3.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Quadrat Zentimeter. Briefe und Gelder frei. Bei Briefsendungen tarifierter Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontroversen für den Fall der Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanwaltsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### \* Saulus und die Deutschnationalen

Das Damaskusbunder, die Umwandlung des heidnischen Christenverfolgers Saulus in den Christenapostel Paulus, erscheint im Lichte der Legende als ein Vorgang, bei dem das Entscheidende die plötzliche Erleuchtung des Helden ist. Ein Mann, der bisher eine Sache konsequent und mit wilder Leidenschaft bekämpfte, wird durch ein inneres Erlebnis im Verlauf von Minuten zu einem begeistertsten Anhänger dieser Sache umgeschmolzen. Der Psychologe lehnt eine solche Auffassung ab. Für ihn ist es ganz klar, daß sich schon vorher im Innern des Saulus seelische Kämpfe abgespielt haben, daß er schon vorher Augenblicke gehabt hat, in welchen er an der Richtigkeit seiner Anschauung zweifelte, oder sich durch gewisse, imponierende Handlungen der Gegenseite beeinflussen ließ. Und nun kommt das innere Erlebnis, dessen mythische Gewalt so bezaubernd ist, daß es den Mann völlig umwirft. Zweierlei Faktoren sind es also, die solche Umwandlung in einer psychologisch wirklich befriedigenden Weise erklären: Der mehr oder minder bewußt empfundene seelische Konflikt im Innern und das dramatische, mit ungeheurer Wucht auf die Seele einwirkende Erlebnis.

Betrachten wir unter dem Gesichtswinkel dieser psychologischen Erkenntnis die Umwandlung der Deutschnationalen, so werden wir manches besser verstehen, was führende Politiker in Berlin, zu denen auch Dr. Wirth zu rechnen ist, offenbar nicht verstanden haben. Diese Politiker glaubten an das Damaskusbunder im Sinne einer schlichten, legendenhaften Auffassung. Sie glaubten, die Deutschnationalen würden sich mit der Unterzeichnung der Richtlinien faktisch aus einem Saulus in einen Paulus, aus einer reaktionären Partei in eine Partei verwandeln, die, wenn auch äußerlich noch etwas zögernd, so doch mit vollster Aufrichtigkeit die Republik bejahet. Diese Politiker sind durch die Ereignisse schwer enttäuscht worden. Und diese Enttäuschung war, wie jetzt zur Verteidigung Dr. Wirths ganz richtig hervorgehoben wird, bei Dr. Wirth so stark, daß er sich zu dem bekannten Disziplinbruch hinreißen ließ.

Diese Politiker haben nicht daran gedacht, daß eine faktische Sinnesänderung der Deutschnationalen doch nur dann hätte eintreten können, wenn ernsthaftere, innere Konflikte vorgelegen hätten, und wenn ein starkes Erlebnis Ursache der Umwandlung gewesen wäre. Beide Voraussetzungen treffen bei den Deutschnationalen nicht zu. Ihre gefühlsmäßige Einstellung ist im ganzen noch genau dieselbe, wie zuvor. Bedinglich ihr Verhalten, und zwar der Teil des Verstandes, der die Wahrnehmung materieller Interessen regiert, hat ihnen die Überzeugung beigebracht, daß sie schneller und besser auf ihre Kosten kommen, wenn sie sich mit dem neuen Staat, den sie mit Gewalt doch nicht zertrümmern können, in irgendeiner Form abfinden. Da es sich hier nicht um Fragen der Religion, sondern um Angelegenheiten der Politik handelt, behalten selbstverständlich diejenigen recht, die auch schon eine solche unter der Ägide des Verstandes vollzogene Umwandlung für wichtig und erfreulich halten und sich von ihr Gutes für die Zukunft der Republik versprechen.

Naiv aber war und ist es, anzunehmen, daß hinter jenem Gebot des Verstandes nun auch eine starke Regung des Gefühls stehe. Soweit sind die Deutschnationalen noch lange nicht. Und das große, innere Erlebnis fehlt einstweilen vollständig. Ob ein solches Erlebnis für die nächste Zeit überhaupt zu erhoffen ist, bleibt zweifelhaft. Wenn also eine innerliche Umwandlung der Deutschnationalen erwartet wird, dann kann sie wohl nur in der Weise vor sich gehen, daß die im Zeichen des Verstandes erworbene Überzeugung nach und nach auf das Gefühl übergeht und dieses mit fortzieht. Ganz ohne Mißtrauen wird der psychologisch erfahrene Politiker die Partei niemals betrachten können; es sei denn, daß ganz bestimmte Erlebnis tiefgreifender Art die gefühlsmäßige Einstellung der Deutschnationalen zu ändern vermögen.

Ganz richtig hat ein Zentrumsmitglied gesagt, es handle sich bei der jetzigen Koalition im Reich um eine Notgemeinschaft. Besser wäre eine andere Koalition, die große Koalition, gewesen. Da es aber nicht anders ging, hat man es, um Schlimmeres zu verhüten, mit dieser Koalition der Rechten versucht. Es ist ein Ver-

such, der mit aller Redlichkeit und Lafrakraft aber auch mit aller Nüchternheit und Kaltblütigkeit durchgeführt werden muß. Und an dieser Nüchternheit und Kaltblütigkeit hat es Dr. Wirth nach der Ansicht auch seiner Freunde fehlen lassen.

### „Südwestdeutschland“

Prof. Dr. Klausen, Syndikus der Mannheimer Handelskammer, sprach Mittwoch Abend, von der Mannheimer Rundfunkgesellschaft aus über die Sender Frankfurt, Freiburg und Stuttgart über das Thema „Südwestdeutschland“. Redner beleuchtete in halbstündigem Vortrag Südwestdeutschland als geographische, geschichtliche, menschliche, Verkehrs- und Wirtschaftsgemeinschaft und führte u. a. aus:

Weshalb Südwestdeutschland als Ganzes sowohl im übrigen Reich als auch im Ausland so wenig bekannt ist, rührt daher, daß seine Grenzen schwanken sind. Zu Südwestdeutschland rechnet man heute Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt, den Rheinmaingau, Südpfalz (Eiser-Roselgau), das Saargebiet und das oberrheinische Land Birkenfeld. Der größte Teil des immer noch besetzten Gebietes reicht nach links des Rheins gehört also Südwestdeutschland. Auch nach der Abtrennung von Elsaß-Lothringen beherbergt es 8 bis 10 Millionen Einwohner bei einem Flächeninhalt von 60 700 Quadratkilometer ohne Saar gegen 76 400 Quadratkilometer vor dem Kriege. Die geschichtliche Gemeinschaft Südwestdeutschlands beruht, was der Redner in großen Zügen aus der Geschichte dieser Länder bewies, an Bodenschätzen, namentlich solchen, die heute die wirtschaftliche Bedeutung ausmachen, ist der Südwesten nicht so reich wie andere. Für die Zukunft bieten die Wasserkräfte des Oberrheins und seiner Nebenflüsse sowie die Kalisalze neben anderen Salzen große Möglichkeiten. Aber auch reich an Rohstoffen und Genußmitteln ist Südwestdeutschland. Vier Fünftel des deutschen Weinbaus und über die Hälfte der deutschen Tabakherzeugung entfallen auf Südwestdeutschland. Erwähnt sei ferner der Holzreichtum und nicht zuletzt, daß angesichts der mannigfaltigen Natur Schönheiten und der zahlreichen Heilquellen der Berge und Täler des Schwarzwaldes, der Schwäbischen Alb, der Harz, des Odenwaldes und des Taunus sich hier mit das bedeutendste deutsche Fremdenverkehrs- und Heilgewerbe entwickelt. Die Bedeutung des Rheins für den Verkehr seit den ältesten Zeiten kann gar nicht überschätzt werden. Das Wirtschaftslieben Südwestdeutschlands zu schildern, ist schwieriger, als das irgend eines anderen deutschen Wirtschaftsgebietes. Südwestdeutschland ist das Land der Mannigfaltigkeit in Industrie und Handel, in Landwirtschaft und Gewerbe, einer Mischung der Bevölkerung auf konfessionellen, auf Stammesgebiet der Betriebsgrößen in Land- und Gewerbetätigkeit wie kaum ein anderes Gebiet sonst. Dabei sind in Südwestdeutschland fast alle Industrie- und Handelszweige zum großen Teil hervorragend vertreten. Vor allem möchte man in Südwestdeutschland, mehr im übrigen Reich bekannt zu werden. Die bestehenden Gebiete — Pfalz, Rheinhessen, Saar, südpfälzisches Rheinland, Wiesbaden, Neuland, wie das besetzt gewesene Mannheim — oder in der neutralen Zone liegenden Teile wünschen schließlich, daß man sie auf Reisen und geschäftlich mehr berücksichtigt. Bietet doch hier die größte Zahl von schönsten Kur-, Fremden- und Wintersportorten im ganzen Reich.

Eine Neuregelung des Reiches nach Wirtschafts- und Verkehrsgebieten oder nach Stammesländern ist nicht aktuell. Von einer südwestdeutschen Bewegung ist zur Zeit kaum die Rede, wohl aber wächst die Erkenntnis und gewünscht wird, gemeinsame Aufgaben auch über die Ländergrenzen hinaus ohne größere Schwierigkeiten erfüllen zu müssen und zu können.

**Wird Jahre deutsche Luftfahrt.** Der 6. Februar 1927 war ein Gedächtnistag für die deutsche Luftfahrt. Vor acht Jahren, 1919, wurde der erste regelmäßige Streckenverkehr in Deutschland mit Flugzeugen der Deutschen Lufttreiber aus der die Deutsche Luftkhanfa entstanden ist, eingerichtet und zwar zwischen Berlin und Weimar, dem Tagungsort der Deutschen Nationalversammlung. Berggegenwärtig man sich, daß jetzt die Flugzeuge der Deutschen Luftkhanfa täglich in der Hauptstation 45 000 km, d. h. einmal um den Erdball fliegen und daß es nur Großmaschinenflugzeuge mit mehreren Motoren sind gegenüber den kleinen Maschinen von damals, so erhält man einen Eindruck von Deutschlands Unternehmungsgeist.

**Demokratische Interpellation zum Zolltarifgesetz.** Die Demokraten haben im Reichstag eine ausführliche Interpellation eingebracht, die darauf hinweist, daß das Zolltarifgesetz vom 17. August 1925 am 31. Juli 1927 außer Kraft trete. Es sei zu befürchten, daß der neue Zolltarif wieder hinter verschlossenen Türen und unter unkontrollierbaren Umständen zustande komme. Die Reichsregierung wird gefragt, wann sie den Entwurf eines neuen Zolltarifgesetzes vorlegen und in welcher Weise sie den Reichstag an den hierfür notwendigen Vorarbeiten beteiligen wolle. Sie soll weiter erklären, wann sie die Neuregelung der am 31. März 1927 außer Kraft tretenden ermäßigten Agrarzölle vorzunehmen gedenke und ob sie gewillt sei, die Rolle auf die für die Viehhaltung der deutschen Bauernschaft nötigen Futtermittel zu besitzigen.

**Drohender Massenstreik in Norwegen.** Wie aus Oslo gemeldet wird, haben die Arbeiterverbände die Forderung gestellt, daß der Schlichtungsversuch in der Eisen-, Bergwerks-, Textil-, sowie Schuhwarenindustrie aufgehoben wird. Sofern nicht vorher eine Lösung gefunden wird, wird die Arbeit in diesen Industrien am Samstag Abend niedergelegt werden.

### Das Stauwerk von Kembs

Die Finanzkommission der französischen Kammer hat am Dienstag den Minister der öffentlichen Arbeiten über den Gesetzesentwurf über die Ausführung des Stauwerks bei Kembs überträgt. Dabei machte der französische Arbeitsminister Tarbieu Mitteilungen über die Geschichte dieses Gesetzes von seinem ersten Auftreten im Jahre 1898 bis zur französisch-schweizerischen Abmachung darüber im Jahre 1926. Zwei Pläne, so führte er, wie die „Frankf. Ztg.“ berichtet, aus, standen ursprünglich einander gegenüber: der schweizerische Vorschlag der Anlage eines Seitenkanals und der deutsche Gedanke des Ausbaus des Strombettes. Der schweizerische Gedanke habe bei den Verhandlungen der Techniker und der Rheintalkommission den Vorzug erhalten, da das deutsche Projekt außer anderen Nachteilen die finanziellen Folgen nicht in Betracht zöge. Der Minister ging dann auf die Einwände ein, die bereits früher aus dem Munde der Kommission erhoben worden waren, und gab genauere Erklärungen über folgende Einzelpunkte: 1. über die Beteiligung des französischen Staates; in der von der Regierung angenommenen Form des Entwurfs gehörte der französische Staat keine Unterfertigung, sondern lediglich einen rückzahlbaren Vorbehalt; 2. über die Kontrolle durch den französischen Staat; diese ist durch das Kostenfest sicherzustellen; 3. über die Gefahr eines Strombettrückens erklärte der Minister, daß diese Gefahr in dem verworfenen Plan größer sei; 4. die Gefahr des Eindringens von Wasser in die Rauhwehre hatten die Sachverständigen für unbedeutend; 5. mit den etwa notwendig werdenden Änderungen des Hafens von Straßburg ist die Stadtverwaltung sowie die Hafenverwaltung einverstanden, auch die Handelskammer der Stadt hat sich für das Regierungsprojekt ausgesprochen.

Der Berichterstatter für die Begutachtung des Projekts, der sozialistische Abg. Moutet, erbat vom Minister genauere Erklärungen über die Einschätzung der Ausgaben, die Kosten des Staates, die er auf ungefähr 100 Millionen bezifferte, über den Grundzins, über die Kontrollmöglichkeiten der Ausführungsarbeiten, über die Rückzahlungsbedingungen und vor allem über die finanzielle Kontrolle und im Zusammenhang damit über die Statuten der gegebenenfalls zu bildenden Gesellschaft. Nach längerem Meinungsaustausch hat die Kommission unter gewissen Vorbehalten das Projekt angenommen.

Die Ausführungen des französischen Arbeitsministers sind wohl in erster Linie für die französische Öffentlichkeit bestimmt, lassen sich aber mit den objektiv vorliegenden Tatsachen nicht in Einklang bringen. Die Zentralkommission hatte darüber gar nicht zu befinden, was besser sei, der Seitenkanal oder die Rheinregulierung. Sie hatte lediglich darüber zu beschließen, ob der französische Seitenkanal den Bedingungen des Verfallter Vertrags entspricht. Gegen die deutschen Stimmen hat feinerzeit (im Jahr 1926) die Kommission diese Frage bejaht. Dann war weiter zu entscheiden, ob die Regulierung des Rheins nach den Bestimmungen des Verfallter Vertrags und der Rheinschiffahrtsakte zugelassen werden könne. Mit Stimmeneinheit beantwortete sie diese Frage mit „Ja“.

Bekanntlich hat sich Deutschland damit einverstanden erklärt (beweist 1922), daß der schwierigste Teil bei der Rheinregulierung die Straßburg bis Basel, die Kleiner Schwellen durch den Kembs Kanal mit Stauwerk u. Kraftwerk umgangen werde. Diese Straßburg steht also nicht mehr zur Debatte bei der Frage ob Seitenkanal oder Rheinregulierung. Die geplante Rheinregulierung Straßburg—Basel würde somit unterhalb der Kleiner Schwellen aufhören.

Die 100 Millionen Papierfranken, welche in dem obigen Bericht erwähnt sind, stellen wohl nur den Beitrag des französischen Staates für den Bau des Wehres dar. Die übrigen Kosten für Kanal, Schleusen und Kraftwerk werden außerdem vom Konzessionär, der obengenannten Privatgesellschaft, welche den Ausbau des Werkes unternimmt, zu tragen sein. Im übrigen würde der von der französischen Seite für die ganze Strecke Straßburg—Basel geplante Rheinseitenkanal mindestens das zehnfache der deutscherseits befürworteten Rheinregulierung kosten, wobei die Frage beantwortet werden muß, ob die Wasserkraftgewinnung, die ja bei der Rheinregulierung allerdings fortfällt, eine rentable Anlage solch enormer Summen ermöglichen würde.

**Unterredung Hösch mit Briand.** Der deutsche Volschafster von Hösch, der am Dienstag von Berlin nach Paris zurückgekehrt ist, hatte Mittwoch Abend eine einstündige Unterredung mit Briand. Auf Grund der Unterredung, die Volschafster von Hösch in Berlin mit dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann gehabt hat, besprach er mit Briand die verschiedenen Fragen, die Deutschland und Frankreich beschäftigen. Dabei wurden u. a. der Abschluß der Verhandlungen über die Entmaffung Deutschlands und die weitere Gestaltung der deutsch-französischen Handelsbeziehungen berührt.

**Schwere Strafen wegen Steuerhinterziehung.** Das Dresdener Schöffengericht verurteilte zwei Direktoren und eine Buchhalterin einer Dresdener Zigarettenfabrik zu je 180 000 Mark Geldstrafe oder drei Monate Gefängnis wegen Hinterziehung von Tabaksteuer. Außerdem mußten alle drei zusammen 10 000 Mark als Wertersatzstrafe zahlen.

Mit der Beilage: 11. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags



# Badischer Teil

## Präsident Georg Zimmermann †

Der Präsident der badischen Staatsschuldenverwaltung und Landeshaupthauptkasse Georg Zimmermann ist gestern in Freiberg an einem Herzschlage verschieden.

Mit Präsident Georg Zimmermann ist ein hervorragender Beamter der badischen Finanzverwaltung, ein Mann von seltener Frische und Mäßigkeit des Geistes und des Körpers, eine Persönlichkeit von hoher Begabung, von reichen Kenntnissen und Erfahrungen von ausgeprägtem sozialem Verständnis dahingegangen.

Georg Zimmermann ist 1866 im Schwabenheimer Hof bei Dossenheim geboren. 1890 wurde er Finanzpraktikant, 1895 2. Beamter der Bezirksfinanzverwaltung mit Hauptamtskontrollorenrang und dem Titel Finanzassessor beim Hauptzollamt Mannheim, 1899 erhielt er den Rang als Hauptamtsverwalter, 1900 wurde er Finanzinspektor, 1901 Oberzollinspektor in Stühlingen und kam als solcher 1903 nach Säckingen. Im Jahre 1906 wurde er der Zollinspektion zur Dienstleistung im Kollegium beigegeben und wurde 1908 mit dem Titel Finanzrat Kollegialmitglied bei der Zoll- und Steuerdirektion. Am 1. Juli 1919 wurde er Ministerialrat im Finanzministerium. Hier war seine Hauptaufgabe die Durchführung der Besoldungsreform in den Jahren 1920 und 1921. Am 1. Juni 1925 wurde er als Nachfolger des Präsidenten Moser an die Spitze der Staatsschuldenverwaltung und der Landeshaupthauptkasse berufen.

Auch über den engeren Rahmen seiner schweren und verantwortungreichen Berufstätigkeit hinaus hatte Präsident Zimmermann sich in unermüdbar Weise in den Dienst der Öffentlichkeit gestellt und auch hier wertvolle Arbeit im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben seiner badischen Heimat geleistet.

## Innenminister Dr. Remmele über Hochschulfragen

Auf Einladung des Verbandes sozialdemokratischer Akademiker hielt Innenminister Dr. h. c. Remmele Dienstag Abend im Gürsaal 7 der Heidelberger Universität einen Vortrag über „Zentrum, Sozialdemokratie und Hochschulpolitik“.

Der Redner schilderte zunächst die Entwicklung des Verhältnisses zwischen den beiden Parteien und kam dann auf die Hochschulfragen selbst zu sprechen, nachdem er festgestellt hatte, daß das zwischen Gelehrten und Regierung im alten Staat bestehende und durch die Staatsumwälzung verloren gegangene Verhältnis zum neuen Staat von katholischen Gelehrten schneller wiedergefunden wurde, als von evangelischen. Wenn man darin eine Benachteiligung der Hochschule erblickt, dürfe man hierfür die Regierung nicht verantwortlich machen. Gelehrterweise habe sich auch hierin in den letzten zwei Jahren ein ganz gewaltiger Umschwung vollzogen. Die Sozialdemokratie verlange, daß auch die sozialdemokratische Auffassung an den Universitäten zur Geltung kommen müsse, und zwar in den Fächern der Nationalökonomie, in Arbeiterfragen, Geschichte und Philosophie. Das Vorschlagsrecht der Senate sei ein altes Gewohnheitsrecht. Die Regierung ihrerseits habe das gute Recht, die ihr gemachten Vorschläge auf ihre Zweckmäßigkeit hin ernstlich zu prüfen. In der Anerkennung der Studentenverfassung habe die Regierung zum Ausdruck gebracht, daß sie darin eine dringende soziale Notwendigkeit sehe.

Zur Meinungsfrage gab der Minister zu, daß Worte der Belehrung und mündliche Verständigung leichter und schneller zum Ziele führen, als nur die harte Polizeihand und die Strafe des Gerichts. Es wäre auch hier schon ruhiger gewesen, wenn nicht in der extrem gerichteten Studentenenschaft die Achtung vor der Staatsform und seiner Hoheitszeichen manchmal sehr gering entwickelt gewesen wäre. Man müsse daran denken, daß aus den Kreisen der Studierenden unsere künftigen Staatsbeamten heranwachsen. Nicht um das Ziel einer politischen Beherrschung handele es sich hier, sondern um die wichtige Grundforderung der Anerkennung der einmal bestehenden Staatsordnung. Es dürfe nicht sein und kein Staat könne bestehen, wenn ein Teil bestrebt sein will, aus der Freiheit eine Kauterfreiheit zu machen. Der Minister stellte fest, daß es auch in diesem Teile an unseren Hochschulen schon sehr viel besser geworden sei und daß man sich im allgemeinen mit der Entwicklung der Dinge heute durchweg abfinden könne.

Der Redner erörterte dann eingehend die Aufwendungen für die badischen Hochschulen, um zu zeigen, daß Freiburg im allgemeinen durchaus nicht günstiger als Heidelberg behandelt worden sei. Andererseits sei es Tatsache, daß wir hier in Heidelberg Institute und Lehrgebäude haben, die — einzeln gesehen — sogar politisch geschlossen gehörten. Mit Recht spreche die Heidelberger Denkschrift von dem trostlosen Zustand der Gebäulichkeiten. Aber es werde wohl niemand behaupten wollen, daß diese Zustände das Ergebnis einer Regierungspolitik seit 1919 seien. Was man hier in Heidelberg sehe, sei etwas geschichtlich Gewordenes. Es bleibe für Heidelberg genau wie für Freiburg kein anderer Weg als den neben Budgetmitteln, Anleihenmitteln zu nehmen und aus dem Verkauf der alten Gebäude, die teilweise in einer sehr glänzenden Geschäftslage stehen, an die Bauplatzierung die Gelder für die notwendigen Neubauten flüssig zu machen. Der Minister sprach die Hoffnung aus, daß bereits in wenigen Monaten schon eine befriedigende Lösung dieser Fragen zwischen Universitätsleitung, Staat und Stadt möglich sein werde. Was die Gehaltsverhältnisse anlangt, so komme die Durchschnittsziffer in Baden der Ziffer in Preußen fast gleich. 1914 betrug das Professorengehalt 7582 M., heute beträgt es 11526 M.

Von der Schaffung einer Reichsuniversität könne keine Rede sein. Der neue badische Staat, so schloß der Redner, werde das überkommene Kulturgut seiner Hochschulen auf das pfleglichste behandeln.

## Die Evang. Landessynode

Anstelle des Herrn Kirchenrat Kohde, der auf sein Mandat zur Evang. Landessynode verzichtet hat, wurde Herr Kirchenrat Karcker von Biberdingen von der Kirchenregierung zum Mitglied der Landessynode ernannt.

## Aus den Parteien

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius sprach am Mittwoch im Kurhaus in Baden-Baden im Kreise des geschäftsführenden Ausschusses und der Ortsgruppenvorsitzenden des Landesverbandes Baden der Deutschen Volkspartei über die politische Lage. Der Landesvorsitzende Rechtsanwalt Steinert-Förzheim sprach Herrn Dr. Curtius das Vertrauen der Partei für seine Tätigkeit anlässlich der Regierungsbildung und für sein Wirken als Reichswirtschaftsminister aus.

## Badischer Landtag

### Vom Haushaltsauschuss

Am 12. Dez. hatten die Demokraten einen Antrag auf Erziehung einer Kreditanstalt mit öffentlichen Mitteln eingebracht. Die Regierung ihrerseits legte eine Denkschrift über diese Frage vor. Inzwischen haben sich die Verhältnisse auf dem Geldmarkt derartig geändert, daß Antrag und Denkschrift als überholt angesehen werden müssen. Man nahm im Ausschuss die Denkschrift zur Kenntnis und sah davon ab, eine solche Gründung zu wünschen. Aus der Mitte des Ausschusses wurde darauf hingewiesen, daß die Sparzinsen eine noch zu hohe Spanne zwischen Aktiva- und Passivzins ergeben und daß die Sparzinsen leider noch nicht wieder auf ihre Hauptkriegszeitgleichheit, das Hypothekendarlehen zurückgeführt seien. Mit allen Stimmen gelangte ein Zentrumsantrag zur Annahme, erneut auf die Sparzinsen in diesem Sinne einzurücken.

Von der Bürgerlichen Vereinigung war beantragt worden, die Zinsen für die Winterkredite in denjenigen Bezirken, in denen ein Fehlbetrag festzustellen ist, zu erlassen. Regierungseitig wurde mitgeteilt, daß 1925 ein Winterkredit von 5 1/2 Millionen zu 3 Proz. und 1926 ein solcher von über 4 Millionen zu nur 1,85 Proz. gegeben wurde. Es sei anzunehmen, daß bei weiterer schlechteren Verhältnissen die Kreditvergabe wiederum hinausgeschoben wird. Der Zinsausfall für das Land Baden würde 200 000—250 000 M. betragen. Das Reich würde wohl auf den Zins nicht verzichten können, so daß das Land den Ausfall tragen müßte. Schließlich einigte man sich auf einen Antrag des Zentrums, die Regierung möge die Reichsregierung ersuchen, einzelnen Bezirken im Bedarfsfalle die Zinsen auf Antrag zu erlassen.

Die Deutsche Volkspartei hatte den Antrag gestellt, die noch ausstehenden Vermögenssteuer-Nachzahlungen aus dem Jahre 1925 zu erlassen, oder, soweit sie bereits geleistet sind, auf das Jahr 1926 anzurechnen. Außerdem wird eine Beratung der Vermögenssteuererhöhung gewünscht, weil sie, gemessen an den Realsteuern der Länder, zu hoch sei. Von Seiten des Finanzministers werden Bedenken gegen den Antrag geltend gemacht, die der Berichterstatter (Zentrum) und der sozialdemokratische Sprecher teilten, und im übrigen auf die Steuerermilderungsbestimmungen hingewiesen. Die Sentung der Vermögenssteuererhöhung falle in den Rahmen des endgültigen Finanzausgleichs. — Ein Beschluß über den volksparteilichen Antrag wurde noch nicht gefaßt.

## Die Karlsruher Studentenschaft und die Vorgänge in der deutschen Studentenschaft

Es wird uns geschrieben: In der letzten Zeit sind verschiedentlich Presseäußerungen erschienen, die sich mit der Stellung der Karlsruher Studentenschaft in studentischen Verfassungsverhandlungen beschäftigen, teilweise in Zusammenhang mit dem Ausschluß der Heidelberger aus der deutschen Studentenschaft. Diese Äußerungen lassen einige Aufklärungen über die tatsächlichen Verhältnisse als wünschenswert erscheinen. Der Umstand, daß die Unterzeichner der nachfolgenden Erklärung verschiedenen Konfessionen und verschiedenen politischen Parteien (von der Sozialdemokratie bis zur deutschnationalen Volkspartei) angehören, bürgt für die Objektivität der Darstellung.

Die Karlsruher Technische Hochschule umfaßt zwei, in Studium, Prüfungen usw. durchaus gleichberechtigte Hauptgruppen von Studierenden, die Mitglieder der „Studentenschaft“ und die übrigen Studierenden. Im Fragen der zuerst genannten Gruppe handelt es sich um folgende:

Die Satzung der Studentenschaft der Technischen Hochschule bestimmt in § 1: „Mitglied der Studentenschaft ist jeder vollqualifizierte Studierende der Technischen Hochschule, soweit er die deutsche Reichsangehörigkeit besitzt.“

- Die Mitgliedschaft steht außerdem zu:
1. Den Studierenden deutscher Muttersprache, die die österreichische Staatsangehörigkeit besitzen;
  2. Den Studierenden deutscher Muttersprache, die aus den abgetrennten Gebieten stammen, und vor dem 11. 11. 1918 die deutsche Reichsangehörigkeit besaßen;
  3. Allen Studierenden deutscher Muttersprache, sofern sie von Studentenschaft und Rektorat als Auslandsdeutsche anerkannt sind.

Dazu ist als erläuternder Zusatz beim Unterrichtsministerium beantragt:

„Aber die Mitgliedschaft als Auslandsdeutsche beschränkt die Studentenschaft; der Senat ist Berufungsinstanz, seine Entscheidung endgültig.“

Die Satzung der Heidelberger Studentenschaft bestimmt: § 1: „Mitglied der Studentenschaft ist jeder inmatriculierte Studierende deutscher Staatsangehörigkeit.“

- Die Mitgliedschaft steht außerdem zu:
- a) Den Studierenden deutsch-österreichischer Staatsangehörigkeit;
  - b) den auslandsdeutschen Studierenden, sofern sie vom Rektorat als Auslandsdeutsche anerkannt sind.“

Nach der Heidelberger Fassung können demnach z. B. Tschechen, Polen, Slowaken, welche die deutsch-österreichische Staatsangehörigkeit besitzen, Mitglieder der Studentenschaft werden, nach der Karlsruher nicht. Die Karlsruher Studentenschaft fordert die deutsche Muttersprache, ohne aber an einem Abstammungsprinzip festzuhalten. Man kann sie daher weder als konfessionell noch als rassenpolitisch intolerant bezeichnen. Die Unterzeichner sind der Überzeugung, daß gegen die maßvolle und staatsbürgerliche Haltung der Karlsruher Studentenschaft nichts einzuwenden ist.

Die Studentenschaften der deutschen Hochschulen und die deutschen Studentenschaften Danzigs, Deutsch-Oberriessens sowie der Tschechoslowakei sind in der „Deutschen Studentenschaft“ vereint. Der z. Zt. schwebende Konflikt innerhalb der Deutschen Studentenschaft, wie auch zwischen dem preussischen Unterrichtsminister und den ihm unterstehenden Studentenschaften wird, so hoffen die Unterzeichner, in Bälde beigelegt werden. Die Karlsruher Studentenschaft hat dabei durch ihr besonnenes Verhalten eine Verschärfung dieses Konfliktes vermieden.

gez.: Prof. Dr. Valbus, Prof. Dr. Th. Brauer, Prof. Dr. Dr. h. c. Dredig, Prof. Dr. Doll, Prof. Dr.-Ing. Probst (z. St. Rektor), Prof. Dr. Reichmüller, Prof. Dr. Schimmer.

## Die badischen Reichstagsabgeordneten und das Vertrauensvotum

Bei der namentlichen Abstimmung des Reichstags am 6. d. M. über das von den Parteien der neuen Reichsregierung Marx beantragte Vertrauensvotum haben, wie die „Mannh. Volksstimme“ aus Berlin berichtet, von den 17 aus Baden kommenden Abgeordneten — 7 Zentrum (eingerechnet der auf der Reichsliste gemählte Abg. Adam Röder), 3 Sozialdemokraten, 3 Demokraten (einschl. des im Kreis Radeburg gewählten Dr. Hummel), 2 Deutschnationale, 1 Volksparteiler und 1 Kommunist — fünf gestimmt. Es sind dies die Abg. Frau Philipp (Karlsruhe) und Röder vom Zentrum, die Demokraten Dietrich und Dr. Hummel und der Kommunist Kengler. Von den übrigen elf stimmten für das Vertrauensvotum die Zentrumsabg. Damm, Diez, Erting und Conner, die Deutschnationalen Dr. Danemann und Julier und der Volksparteiler Dr. Curtius. Gegen das Vertrauensvotum stimmten die drei Sozialdemokraten Ged (Mannheim),

Meier und Schöppin, der Demokrat Dr. Gaas und der Zentrumsabg. Dr. Wirth. Von den 21 Sozialdemokraten (von insgesamt 181), die nicht an dieser Abstimmung teilnahmen, waren nahezu alle — es kommen höchstens 2 oder 3 Ausnahmen in Frage — durch Krankheit oder berufliche Unabkömmlichkeit hinreichend entschuldigt.

Zentrumsblätter teilen mit, daß von den Zentrumsabgeordneten Dr. Dessauer, ten Dammel, Imbusch, Frau Philipp-Baden und Adam Röder-Baden, die sich an der Abstimmung nicht beteiligt haben, die Abgeordneten ten Dammel und Frau Philipp durch Krankheit entschuldigt waren und auch die übrigen Abgeordneten sehr triftige Gründe für ihre Abwesenheit von Berlin am Abstimmungstage hatten. Ihr Fernbleiben könne nicht als eine Art Sympathie-Erklärung für Dr. Wirth ausgelegt werden. — Abg. Röder, der in einem im „Bad. Beobachter“ veröffentlichten Artikel für Wirth eintritt, erklärt jetzt allerdings, daß er sich seit 27. Januar auf Krankheitsurlaub befinde, daß er aber, wenn er den Fall Reubell im Reichstag erlebt hätte, unbedingt gleichfalls mit „Nein“ gestimmt hätte.

## Jahrplanbesprechung in Basel

Auch in der Basler Handelskammer fand am Mittwoch eine Aussprache über den künftigen Fahrplan der Deutschen Reichsbahn statt. Für Basel ergibt sich die wichtigste Verbesserung durch den Anschluß der Gotthardt-Verbindungen an die P.D.-Lüge mit Verbindung nach Berlin und mit Aufnahmenschluß in Heidelberg. In der Aussprache regte ein Vertreter der Deutschen Handelskammer für die Schweiz den Ausbau der Verbindungen zwischen Norddeutschland und Paris über Basel an, doch hat man nach den Erklärungen des Vertreters der Reichsbahn wenig Aussicht, daß diesen Wünschen in weitgehendem Umfang Rechnung getragen werden kann. Dagegen sagte der Referent die mögliche Erfüllung des Wunsches zu, der eine Verbesserung der Fernverbindungen zwischen Basel und Konstanz zur Grundlage hat. Oberregierungsrat Fingado erklärte als Referent, daß sich die Reichsbahndirektion auch sehr einsehe, für eine Beschleunigung der P.D. und P.D. Kontrolle, namentlich aber auch für ein schnelleres Durchfahren des Schaffhauser Gebietes. Auch für den Lokalverkehr und den Bahverkehr ins Biefental wurden Wünsche vorgetragen, deren Berücksichtigung zugesichert wurde. Darunter befindet sich auch die Führung eines beschleunigten Biefentalzuges.

## Gemeinde-Rundschau

Eine Terrassenanlage gegenüber dem Heidelberger Schloss soll jenseits des Redars hergestellt werden und dem Bürgerausschuss wird nächstens eine Vorlage darüber zugehen. Als Grundstücke kommen die Bilgischen Gärten in Betracht, die am Prudenlopf der Alten Brücke zwischen Fiegelhauser Landstraße und dem Redar liegen. Die Terrasse soll 200 Meter lang werden. Es wird eine 5-6 Meter breite Promenade für das Publikum mit Ruhebänken dort geschaffen. Die alten Obstbäume sollen erhalten bleiben und dazu schöne neue heimische Bäume und Sträucher gepflanzt werden.

Die Forzheimer städtische 6 Millionen-Anleihe ist zu außergewöhnlich günstigen Bedingungen untergebracht. Die Preussische Seehandlung hat sich bereit erklärt, die sechsprozentige Anleihe zu 94,80 zu übernehmen. Dieses Angebot wurde vom Stadtrat angenommen. Die Forzheimer Bankvereinigung hatte 94,52 geboten.

Neue Forzheimer Straßenbahnlinie. Am Sonntag fand in eierlicher Weise die Eröffnung der Straßenbahn Forzheim-Dillweissenstein statt.

Bürgermeisterwahl. Nach drei erfolglosen Wählungen hat die Regierung den Landwirt Rius Mattmann (Dollhof) auf die Dauer von 2 Jahren zum Bürgermeister von St. Peter ernannt. Der neue Bürgermeister ist bereits in sein Amt eingeführt worden.

Ermäßigung des Schulgeldes in Durlach. Der Stadtrat Durlach hat das Schulgeld der Mädchenbürgerschule von 120 auf 96 M. herabgesetzt. Für begabte und fleißige Kinder unbemittelter Eltern kann dieser Betrag noch weiter ermäßigt oder ganz erlassen werden.

1,5 Millionenkredit der Stadt Kastatt. Der Bürgerausschuss Kastatt genehmigte die Aufnahme eines 1,5 Millionenkredits zu 6,4 Proz., der zum Krankenhausumbau und für den Bau von Kleinwohnungen Verwendung finden soll.

Die Festhallenfrage in Lahr, die schon viele Jahre die Gemüter beschäftigte und deren Lösung sich kaum länger verschleppen ließ, kommt nun in Fluß. Der Stadtrat hat dem Anerbieten der Franerei Miegel im Prinzip zugestimmt, wonach diese den ihr gehörigen Gasthof „Mappen“ zu einer Stadthalle ausbaut und von der Stadt Lahr einen bezinslichen Baukostenzuschuß von 180 000 Mark erhält. Nun hat noch der Bürgerausschuss das Wort.

Die Verjorgung der Stadt Meerzburg mit Gas durch eine Fernleitung von Friedriehshafen aus rückt immer mehr in den Bereich der Tatfachen. Man beginnt schon mit den Vorarbeiten für die Herstellung des Ortsnetzes der Gasleitung.

Besuch des Sächsisch-Thüringischen Landmannschaftsbundes. Am Dienstag, den 2. August, wird der Sächsisch-Thüringische Landmannschaftsbund, wie uns der Verkehrsverein Karlsruhe mitteilt, der badischen Landeshauptstadt einen Besuch abstatten. Von Heidelberg kommend treffen die Gäste am Mittwoch hier ein und werden zunächst den Stadtgarten und Tierpark besichtigen. Anschließend daran wird eine Rundfahrt unternommen, auf der die Gäste die Sehenwürdigkeiten der Stadt Karlsruhe und ihre herrliche Umgebung kennen lernen. Es werden wahrscheinlich dreihundert Sachsen und Thüringer an diesem Besuch teilnehmen. Für den Abend ist wiederum ein Besuch des Stadtgartens oder einer Operettenvorstellung geplant. Am nächsten Tage werden die Landmannschaften nach Freiburg weiterfahren.

Die reichste Gemeinde der Pfalz. Das Firmatens nahegelegene Deltersberg im Holsland dürfte wohl die reichste Gemeinde der Pfalz sein. Der Gemeinderat beschloß in seiner letzten Sitzung, sämtliche Umlagen auf Grund-, Haus- und Gewerbesteuer für 1924, 1925 und 1926 niederzuschlagen und die bereits gezahlten Umlagen zurückzuerstatten. Ferner wurde beschlossen, den vom Orte entfernt liegenden Hausbesitzern den elektrischen Strom und die Wasserleitung auf Kosten der Gemeindefasse zuzuführen und einen Teil der Ortsstraßen zu sanalisieren.

Die 90 Millionen-Anleihe der Stadt Berlin. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung stimmte der Aufnahme einer Anleihe von 90 Millionen Mark zu.

Wetternachrichtendienst der Landeswetterwarte Karlsruhe. Baden hatte auch gestern heiteres und trockenes Fröhwetter. Die heutigen Notgtemperaturer liegen etwas höher als gestern. Das Hochdruckgebiet ist ziemlich stabil, so daß in der Wetterlage seit gestern noch keine wesentliche Änderung eingetreten ist. Das Eindringen kleiner Mengen Baukluft aus den atlantischen Zonen in die Luftmassen des Hochdruckgebietes führt zu fröhlicher Wolkenbildung. Wetterausblick: noch trocken und vorwiegend heiter, tagsüber milder, örtliche Nachtfröhe.

**Der Nachwuchs in den landwirtschaftlichen Betrieben**  
Die Arbeitslosigkeit in den Städten macht es dringend notwendig, der Landwirtschaft wieder ausreichenden und geeigneten Nachwuchs zuzuführen. Die Landwirtschaft ist in der Regel sogar als unermesslich schwierig, in der Regel sogar als unermesslich schwierig, in der Regel sogar als unermesslich schwierig...

Aber wie in allen Berufen, hat auch in der Landwirtschaft nur der Qualitätsarbeiter Aussicht, bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu erringen. Die Möglichkeiten des Aufstiegs zur Selbstständigkeit sind in der Landwirtschaft heute immerhin noch größer als in den meisten anderen Berufen. Der Erwerb einer landwirtschaftlichen Erziehung erfordert freilich ein Kapital von mindestens 8-10.000 Mark, das den meisten, die sich dem landwirtschaftlichen Beruf widmen wollen, unter den heutigen Verhältnissen nicht zur Verfügung steht, auch wenn es sich dabei um Bauernsöhne handelt.

Aber auch ohne Erreichung der Selbstständigkeit hat der gut vorgebildete, qualifizierte Arbeiter in der Landwirtschaft gegenwärtig oft bessere Aussichten, als in der Industrie. Das gilt auch für den fachlich vielseitig ausgebildeten Handwerker. So fehlt es auf dem Lande fast überall an tüchtigen Schmieden und Stellmachern; nach ordnungsmäßig ausgebildeten Gutschmieden, insbesondere herrscht im deutschen Osten, aber auch in anderen landwirtschaftlichen Bezirken, ständige Nachfrage. Sogar besonderen landwirtschaftlichen Fachausbildung bedürfen Schweizer und Oberschweizer. Für sie sind fachliche Prüfungen eingerichtet worden. Jährlich unterziehen sich etwa 16 Personen der Prüfung als Schweizer, und die Oberschweizerprüfung haben bereits mehr als 600 Schweizer bestanden. Beide Prüfungen eröffnen Aussicht auf ständige, gut entlohnte Arbeitstätigkeit. In ähnlicher Weise ist auch die Ausbildung der Gärtner von den Landwirtschaftskammern geregelt worden, und in den letzten beiden Jahren haben in Preußen mehr als 200 Lehrlinge die vorgeschriebene Gärtnerprüfung bestanden.

Bei der Berufsberatung wird besonders in den Klein- und Mittelstädten, noch mehr natürlich auf dem Lande, darauf geachtet werden müssen, daß der Landwirtschaft der fehlende Nachwuchs an qualifizierten Arbeitskräften zugeführt wird. Dadurch können gleichzeitig die überfüllten industriellen und Handelsberufe nicht unerheblich entlastet werden. Es liegt das ebenso sehr im Interesse der deutschen Volkswirtschaft wie der zu beratenden Jugend, die in den bisher mit Vorliebe gewählten städtischen Berufen vielfach dauernder Erwerbslosigkeit oder ungenügender Entlohnung infolge allzu starker Konkurrenz entgegenseht.

**Aus der Landeshauptstadt**

**Neue Fluglinie.** Im April wird die Deutsche Luftkansa eine neue Fluglinie, nämlich direkt von Berlin nach Basel, dem täglichen Verkehr übergeben.

**Badisches Landesheater.** Wegen andauernder Erkrankungen im Personal mußte der Termin der Uraufführung von Arthur Schnitzlers dreiaktiger Oper „Der kleine Hans“ erneut verschoben werden. Das Werk geht nunmehr am Donnerstag, den 17. Februar zum ersten Mal in Szene. — Am Samstag, den 12. Februar wird anstelle der Opernpremiere „Wie es euch gefällt“ aufgeführt. Am Sonntag, den 13. Februar gelangt nicht „Zourabot“ sondern Verdis „Trubadour“, der kürzlich neu einstudiert wurde, zur Aufführung. Die musikalische Leitung hat diesmal Josef Krips. — Die Hauptpartien in der Aufführung von „Madame Butterfly“, die anfänglich der Japanerin Jovita Fuentes in der Titelrolle am Freitag, den 11. Februar in Szene geht, sind besetzt mit Elisabeth Wanka (Suzuki), und den Herren Robert Dutz (Pinkerton), Karlheinz Löser (Hamadori), Adolf Vogel (Bonze), Rudolf Weirauch (Sharpless). Musikalische Leitung: Josef Krips, Regie: Helmuth Grobe.

**Kurze Nachrichten aus Baden**

**Dr. Mannheim, 10. Febr.** Der Lehrergesangsverein Mannheim-Ludwigshafen hat um den Preis von 570.000 RM. ein Grundstück in Mannheim erworben, auf dem das neue Gerichthaus errichtet werden soll. Auf dem Grundstück stand ehemals der Saalbau, der vor zehn Jahren abbrannte.

**Dr. Blankstadt, 9. Febr.** Bei dem Unglück zwischen Blankstadt und Eppelheim ist das Bakstein des Bauunternehmers Jakob Müller bis auf die Eisenteile fast völlig verbrannt. Der Chauffeur Hübner wurde nur leicht verletzt, während der Schwiegerjohn des Herrn Müller, Heinrich Stephan, durch die Sandmassen verschüttet wurde und lebensgefährliche Verletzungen erlitt.

**Dr. Heidelberg, 9. Febr.** Der jugendliche Brandstifter Helme von Landshausen, der aus „Freude“ am Feuer in diesem Ort fünf Brände legte und vom Schöffengericht zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, hatte gegen dieses Urteil Berufung eingelegt. Die Strafkammer bestätigte das erstinstanzliche Urteil, da Helme die nötige Einsicht der Strafbarkeit seines Handelns gehabt habe.

**Dr. Freiburg i. Br., 8. Febr.** Mit Inkrafttreten des neuen Fahrplans am 15. Mai d. J. werden die Stationen Gerbern und Bähringen in der Bezeichnung: Freiburg-Gerbern und Freiburg-Bähringen erhalten. Auf diese Weise wird diesen Wünschen entgegengekommen, die besonders von Fremden ausgehen. Die feiner Zeit bestehende unterstellene Änderung der Anschrift an der Station Littenweiler soll künftig am Aufnahmegebäude und auf den Bahnsteigen lauten: Freiburg-Littenweiler.

**Handel und Wirtschaft**

**Berliner Devisennotierungen**

	10. Februar		9. Februar	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	168.63	169.05	168.57	168.99
Kopenhagen 100 Kr.	112.32	112.80	112.31	112.59
London 100 £	18.205	18.245	17.98	18.02
Paris 100 Ffr.	20.443	20.495	20.439	20.491
New York 1 D.	4.214	4.224	4.2145	4.2245
Schweiz 100 Fr.	16.55	16.59	16.56	16.60
Wien 100 Schilling	81.03	81.23	81.03	81.23
Prag 100 Kr.	59.37	59.51	59.39	59.53
	12.478	12.518	12.478	12.518

**Abnahme des Mannheimer Hafenvorverkehrs.** Im Jahre 1926 hatte der Verkehr der Mannheimer Häfen einen Rückgang von 21 Proz. gegen 1913 zu verzeichnen. Das abgelaufene Jahr 1926 brachte einen weiteren Rückgang um 6,6 Proz., so daß der Hafenvorkehr nur 72,4 Proz. der Vorkriegszeit erreichte. Berücksichtigt man dabei, daß der Kohlenverkehr mit 67,2 Proz. des Gesamtverkehrs relativ größer ist als 1913 (absolut hat er sich um 19,4 Proz. vermindert), so kann ermesen werden, in welcher Weise die anderen Güter als Kohle vom Rückgang betroffen sind. Demgegenüber hat der Verkehr in den Seehäfen Hamburgs um 22,4 Proz. und Bremen um 26 Proz. zugenommen. Ist dieser gewaltige Verkehr zum Teil auch der Kohlenausfuhr während des englischen Streiks zuzuschreiben, so genügt doch die Tatsache, daß der Verkehr dieser beiden Häfen schon 1925 den Vorkriegsstand überschritten hatte, als Beweis für die Wirkung der einseitigen Seehafenpolitik der Reichsbahn. Diese Zahlen geben den Stimmen, die in erster Linie die Reichsbahnpolitik für den Rückgang des Verkehrs in den Oberberrheinischen Häfen verantwortlich machen, mit jedem Jahre mehr Recht. Starke Verminderung des englisch-russischen Handels. Nach einer Mitteilung der russischen Handelsvertretung in London, vermindert sich der englisch-russische Handel ständig. Besonders ausgesprochen tritt dies bei den Einkäufen Russlands

in England in Erscheinung. Im Jahre 1925 hatte die Ausfuhr aus England nach Russland einen Wert von 31 Millionen Pfund Sterling, im Jahre 1926 nur noch einen solchen von 12,5 Millionen Pfund Sterling. Die Handelsorganisation führt dies auf politische Gründe zurück. — Der „Westminster Gazette“ zufolge wird in britischen Finanzkreisen von einer Zurückziehung der Sowjet-Guthaben aus britischen Banken in Höhe von angeblich 5 Millionen Pfund Sterling und ihrer Überweisung nach anderen Ländern, besonders Deutschland und den Vereinigten Staaten, gesprochen.

**Staatsanzeiger**

**Bekanntmachung.**  
Die staatsdienstliche Dienstprüfung. Der diesjährige Vorbereitungskurs für den staatsdienstlichen Dienst wird bei genügender Beteiligung in der Zeit vom 2. Mai bis 30. Juni im Tierhygienischen Institut in Freiburg unentgeltlich abgehalten werden. Anmeldungen sind bis zum 1. April 1927 an das Tierhygienische Institut in Freiburg zu richten.  
Karlsruhe, den 8. Februar 1927.  
Der Minister des Innern  
Kemmle

**Personeller Teil**

**Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.**  
Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts  
Ernannt:  
Ministerialrat Dr. Franz Guber im Ministerium des Kultus und Unterrichts in Karlsruhe zum Ministerialdirektor dafelbst.  
Vollschulkandabatin Margarete Ehlerst an der Blindenanstalt Wiesheim zur Blindenlehrerin dafelbst.  
Der technische Sekretär — Badeanstaltenverwalter — Alois Knüttel bei der staatlichen Badeverwaltung in Baden zum Obersekretär.  
Ministerium der Finanzen  
Fortsetzung  
Ernannt:  
Fortsetzungsprofessor Kurt Belzer in Waldbrunn zum Oberförster.

**Geschäftliches**

„Weiße Woche“  
Daß man auch in kleinerem Rahmen sehr gute Wirkungen erzielen kann, zeigen die Fenster- und Innen-Decorationen der Firma W. Boländer, Karlsruhe. Die Farben blau-weiß kommen überall zur Anwendung und mit Hilfe von vielen tausend Taschentüchern sind die Decorationen geschmackvoll und stilgerecht durchgeführt. Seit mehr als 40 Jahren steht die Firma unter den Geschäften, die für den Bezug von Bekleidungs- und Aussteuer-Artikeln in Betracht kommen, mit in erster Reihe. So ist es in vielen Familien geradezu Tradition geworden, die Aussteuer bei Boländer zu kaufen. Als besondere Neuheit bringt diese Firma einen Bäckstoff unter der Bezeichnung „Secoma-Kronentuch“ heraus, der durch die besonders patentierte Art seiner Veredlung als vollkommenster Ersatz für Leinen- und Wacoo-Battist gelten kann und wegen seiner Schönheit und Eleganz als Wäschetuch der Zukunft bezeichnet werden darf. Die Firma gibt jederzeit gerne Gelegenheit, zur unangenehmen Befriedigung und Prüfung dieser wirklich hervorragenden Spezial-Produkte. Auch in allen anderen Artikeln wie Gardinen, Kleiderstoffen, Damen-Konfektion usw. bringt die Firma sehr preiswerte Angebote.

**Donnerstag** **Schluß-Tage der**  
**Freitag** **Weißer Woche!**  
**Samstag** **Winter-Mäntel** für Damen 144  
Die noch **vorrätigen** **W. Boländer** für Kinder  
in Flausch, Velour, Ottoman zu ganz billigen Serien-Preisen  
Serie I Serie II Serie III Serie IV Serie V Serie VI  
**4<sup>75</sup> 6<sup>75</sup> 9<sup>75</sup> 16<sup>75</sup> 25.- 34.-**

Rest-Posten **Mantel-Stoffe** Ottoman, 140 cm br. **8<sup>75</sup>**  
d. Meter durchweg M.

**W. Boländer**

Die fachmännisch bearbeitete, geschäftlich vereinfachte **Wahlkartei**  
hat sich überall gut eingeführt und bestens bewährt. Unverbindliche Vorführung bereitwillig durch 139  
**Martin Hartmann, Kanzleibedarf**  
Seilbrunn, Littenstraße 13

**Residenz Lichtspiele**  
Waldstraße 78  
**Ben Hur**  
Les Bücher Wissen und Macht!

Febr. 27, vorm. 11½ Uhr, postfrei mit Aufschrift: **Wahlkartei** einzureichen. Zuschlagsfrist 10 Tage. Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft. Bahnbauinspektion. 3.815  
Basel, 8. Febr. 1927.

**Güterrechtsregister.**  
Durlach. Güterrechtsregister. Eingetragen am 8. Febr. 1927: Weisknecht, Karl Friedrich, Werkmeister in Durlach, und Pauline Berta, geb. Kaller. Die Eheleute haben lt. Vertrag vom 9. 7. 1901 vereinbarten Güterstand der Gütertrennung wieder aufgehoben. Amtsgericht. 3.796

**Mannheim.** 3.804  
Eingetragen wurde: Vereinsregister — 7. 2. 27. — „Evangelischer Gemeindeverein der Konfirmanden e. B.“ in Mannheim.  
Amtsgericht Mannheim.

**Karlsruher Brauereigesellschaft**  
vormals R. Schrempf und A. Brink Aktien-Gesellschaft Karlsruhe.  
Jahresrechnung auf 1. September 1926.

Vermögen.		Verbindlichkeiten.	
RH	RM	RH	RM
Liegenschaften	3 574 701.—	Aktienkapital	2 970 000.—
Abschreibung	78 801.—	Hypothekenskapital	454 313.66
Maschinen und Geräte	339 694.06	Gesellschafts-Rücklage	297 000.—
Abschreibung	129 144.06	Sonderrücklage	50 000.—
Vorräte	210 550.—	Haftgeldrechnung	97 529.66
Bürgschaften RM 70 220.—	217 127.—	R. Schrempf'sche Arbeiter- und Beamten-Stiftung	50 000.—
Schulden	2 351 112.26	Unterstützung	112 000.—
Kassenbestand	22 677.41	Betriebspfandbriefe	40 858.47
		Verschiedene Gläubiger	1 753 909.66
		Bürgschaften RM 70 220.—	
		Gewinn- und Verlustrechnung Vortrag 1. 9. 1925	64 285.53
		Reingewinn 1925/26	377 369.69
			441 655.22
			6 297 366.67

**Gewinn- und Verlustrechnung.**

Soll.		Haben.	
RH	RM	RH	RM
Abschreibungen	207 945.06	Betriebsüberschuß	585 314.75
Reingewinn	377 369.69		
	585 314.75		585 314.75

**Karlsruher Brauereigesellschaft**  
vormals R. Schrempf und A. Brink.  
R. Schrempf. F. Schrempf. R. Radtner.

**Karlsruhe.** 3.871  
Güterrechtsregister-einträge:  
1. Band XI, Seite 378: Heide, Karl Wilhelm, Landwirt und Schwannwirt in Staffort und Johanna Luise geb. Haus. Vertrag vom 14. Jan. 27. Gütertrennung. 26. 1. 27.  
2. Seite 380: Venholz Rudolf, Kaufm., Karlsruhe und Emilie geb. Karlsruhe and Rosa geb. Karlsruhe.  
3. Seite 381: Petri, Friedrich, Hauptlehrer, Karlsruhe und Julie geb. Eiermann. Vertrag vom 26. Jan. 1927. Gütertrennung. 26. 1. 1927.  
4. Seite 382: Böllner, Heinrich, Fabrikarbeiter, Karlsruhe and Rosa geb. Karlsruhe.  
5. Seite 383: Schmitt, Friedrich, Kaufm., Karlsruhe und Frau Hedwig Friederike Kappler geb. Aisenheimer. Vertrag v. 18. Dez. 1926. Errungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. 2. 1. 1927.  
6. Seite 384: Schmidt, Friedrich, Kaufm., Karlsruhe und Frau Hedwig Friederike Kappler geb. Aisenheimer. Vertrag v. 18. Dez. 1926. Errungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. 2. 1. 1927.  
Bad. Amtsgericht.

**Colosseum**  
Heute abend 8 Uhr  
**Varieté-Vorstellung**